

Iran führt umstrittenes Scham -Gesetz mit strengeren Kleidervorschriften ein

Der Iran hat ein umstrittenes Gesetz zur „Keuschheit“ verabschiedet, das strenge Kleidervorschriften einführt. Präsident Pezeshkian, ein Kritiker dieser Maßnahmen, äußert sich skeptisch.

Das iranische Parlament hat ein strenges neues Gesetz zur Bekleidung erlassen, das die bereits bestehenden Kleidervorschriften erheblich verschärft. Diese Regelungen haben landesweite Proteste ausgelöst und stellen eine ernsthafte Herausforderung für die Stabilität des Regimes dar.

Neues Gesetz zur „Keuschheit und zum Hijab“

Nach den Protesten gegen die strengen Kleidervorschriften im Iran vor zwei Jahren wurde am Sonntag ein neues Gesetz zur „Keuschheit und Hijab“ von dem hardlinestischen Parlament verabschiedet und wurde von dem Wächterrat genehmigt, der gesetzliche Bestimmungen auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung und dem islamischen Recht überprüft. Damit das Gesetz in Kraft tritt, muss es nun vom Präsidenten unterzeichnet werden.

Kritik von Präsident Pezeshkian

Präsident Masoud Pezeshkian, der die Kleidervorschriften kritisiert und im vergangenen Jahr auf einer reformistischen Plattform gewählt wurde, hat seinen Widerstand gegen das Gesetz geäußert. Dies könnte zu einem möglichen Konflikt mit

mächtigen Konservativen führen, falls er versucht, sich dem Gesetz zu widersetzen. Seine Unterzeichnung des Gesetzes ist weitgehend zeremoniell, sodass er wenig Spielraum hat, um das Gesetz zu blockieren. In einem Beitrag auf X erklärte er: „Meiner Meinung nach ist das Hijab-Gesetz, das ich umsetzen muss, vage. Wir sollten nichts tun, was die Harmonie und das Einfühlungsvermögen der Gesellschaft stört. Wir müssen über das Thema sprechen und interagieren.“

Strenge Strafen für Verstöße

Das Gesetz sieht eine dreijährigen Testphase für eine Reihe von Politikmaßnahmen vor, die neue, härtere Strafen für Verstöße gegen die Hijab-Vorschriften und unsachgemäße Kleidung sowohl für Männer als auch Frauen einführen. Unangemessene Kleidung wird auf verschiedene Weise definiert, von Nacktheit bis hin zu Kleidung, die den Körper unangemessen zeigt. Für Frauen umfasst dies das Tragen enger Kleidung und Outfits, die den Körper unterhalb des Halses, über den Knöcheln und den Unterarmen freilegen. Für Männer ist jede Freilegung unterhalb der Brust und oberhalb der Knie sowie die Entblößung der Schultern verboten.

Fehlkalkulation der öffentlichen Stimmung

Laut Sina Toossi, einem Senior Fellow am Center for International Policy in Washington, DC, besteht die Gefahr, dass das Gesetz die Fehler der ehemaligen iranischen Regierung wiederholt, die im Jahr 2022 Monate lang mit Protesten gegen solche Politiken konfrontiert war. „Diese Entscheidung spiegelt eine Fehlkalkulation der öffentlichen Stimmung wider und wird wahrscheinlich nicht die erklärten Ziele der Regierung zur Bewahrung traditioneller sozialer Normen erreichen. Stattdessen könnte sie das bereits fragile soziale Gefüge weiter destabilisieren“, sagte er gegenüber CNN.

Regulierung digitaler Räume und

Überwachung

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Gesetzes ist die Regulierung digitaler Räume. Es werden Bußgelder und Einschränkungen für Internetaktivitäten eingeführt, die in Zusammenhang mit dem Gesetz stehen, und es werden soziale Medienplattformen verpflichtet, Inhalte zu überwachen und zu entfernen, die die Regierung als unangemessen erachtet. Einflussnehmer und öffentliche Personen, die während der Proteste besonders lautstark waren, werden ebenfalls mit strengen Strafen für die Förderung unangemessener Kleidung oder das Verspotten der Hijab-Gesetze rechnen müssen. Die Strafen für Verstöße könnten Bußgelder von bis zu 5 % des gesamten Vermögens und Reiseverboten umfassen.

Frühere Proteste und deren Folgen

Der Tod der 22-jährigen Mahsa Amini in der Obhut der iranischen Sittenpolizei führte Ende 2022 zu einigen der größten Proteste, die das Land seit Jahrzehnten gesehen hatte. Laut den Vereinten Nationen wurden über 500 Menschen während der nachfolgenden Regierungs-unterdrückung getötet.

Widerstand gegen das neue Gesetz

Das Gesetz wird voraussichtlich etwa zwei Wochen nach der Genehmigung durch den Wächterrat, am 13. Dezember, in Kraft treten. Pezeshkian führte seine Wahlkampagne, die sich gegen den obligatorischen Hijab, die strengen Kleidervorschriften der Raisi-Ära und die landesweiten Proteste richtete, mit dem Versprechen, die Sittenpolizei abzuschaffen.

Politischer Machtkampf im Iran

Präsident Pezeshkian steht, wie Mortazavi erklärt, vor einem „steinigen Weg“, da das Gesetz die Bühne für einen Machtkampf zwischen den hardlinestischen Kräften in den nicht gewählten

Gremien und dem Parlament auf der einen Seite und der Regierung sowie dem gewählten Präsidenten auf der anderen Seite bereitet. Im Juli, während einer Präsidentschaftsdebatte, sagte Pezeshkian bezüglich des Regimes: „So wie sie in der Vergangenheit die Hijabs nicht gewaltsam von den Köpfen der Frauen entfernen konnten, können sie das jetzt auch nicht durchsetzen. Wir haben kein Recht, unseren Willen unseren Frauen und Töchtern aufzuzwingen.“

Begrenzte Handlungsmöglichkeiten für den Präsidenten

Obwohl der Präsident keine echte Vetomacht hat und verpflichtet ist, alle parlamentarischen Entscheidungen zu genehmigen, könnte er die Unterzeichnung verweigern oder verzögern, um unter den Menschen Wohlwollen zu gewinnen. Allerdings sind Pezeshkians Möglichkeiten zur Verhinderung des neuen Gesetzes begrenzt, so Toossi: „Seine Möglichkeiten umfassen, beim Obersten Führer zu appellieren oder die Überweisung des Gesetzes an den Expediency Council zur erneuten Schlichtung zu beantragen. Alternativ könnte er eine Intervention über den Obersten Nationalen Sicherheitsrat anstreben, um es aufzuheben. Beide Optionen hängen jedoch von der stillschweigenden Zustimmung des Obersten Führers Ayatollah Khamenei ab.“

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at